

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 20 Pfennig.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140

Ankündigungen: Die 33 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingekauft 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzug, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden

Nr. 278

Dresden, Sonnabend, 1. Dezember

1923

## Eine Reichsregierung der bürgerlichen Mitte.

### Nur ein Übergangskabinet.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: „Genau acht Tage haben die bürgerlichen Parteien zur Lösung der Regierungskrise im Reich gearbeitet. Im Volkstum heißt es zwar: „Was lange währt, wird gut“, aber wir zweifeln vorläufig, daß dieses Wort auch auf die Zusammenfügung der neuen Regierung zutrifft. Man hätte annehmen sollen, daß gerade Herr Marx, als Unterhändler des Zentrums, bei den Verhandlungen über die Bildung des Hergerblocks aus den Ereignissen der letzten acht Tage die notwendigen Lehren ziehen, und ihm sein Außenminister Stresemann dabei besondere Rückschlüsse angeben lassen würde. Im vollen Umfang ist diese Vermutung, wenigstens soweit sie personelle Zusammenfügung in Frage kommt, nicht wahr geworden. Dr. Marx hat Männer in sein Kabinet aufgenommen, deren persönliche und politische Vergangenheit unseren Blick nicht finden kann. Wir denken hier vor allem an den Innenminister Dr. Jarres, der „vorübergehend“ das Ruhrgebiet verteidigen wollte und sich, im Verlauf der Reise, mehrfach als eifriger Fürsprecher der Deutschnationalen gezeigt hat. Es ist kaum anzunehmen, daß er unter Marx als Reichskanzler in die Lage kommen wird, seine Ideen zu verwirklichen. Inzwischen ist bekanntlich die Arbeit im Ruhrgebiet zum großen Teile wieder aufgenommen worden, so daß schon bald die Bewirtschaftung einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete und ihre spätere Zurückeroberung durch Waffengewalt an abschließbare Zeit hinsetzbar werden dürfte. Wesentlich erscheint uns im Augenblick die Gefahr einer deutschnationalen Beeinflussung des Innenministeriums, obwohl nicht ausgeschlossen ist, daß Jarres mit dem Tage seiner Ernennung zum Innenminister im Kabinet Marx der Rechten weniger geforsam ist, als es, im Verlauf der letzten acht Tage, also während seiner Stellunglosigkeit, der Fall war.

Auch der Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Dr. Emminger, als Justizminister muß starke Bedenken in allen republikanisch-fortschrittlich gesinnten Kreisen hervorrufen. Emminger kann vielleicht nicht allgemein als reaktionär angesehen werden, aber sicher ist, daß Herr Marx mit ihm nicht allzu großen Staat machen kann. Wir erinnern nur an Emmingers Stellungnahme zum Falle Fehrenbach im Reichstage. Während der jetzige Reichskanzler das Urteil des Reichsgerichtes offen als Fehlspruch bezeichnete und sich zu einer schnellen Revision bekannte, zeigte sich Emminger als Verteidiger des Fehlspruchs gegen Fehrenbach und Anwalt der Münchner Volksgenossen. Seine politische Gesamteinstellung vermag sich infolgedessen nicht zweifelsfrei auszuweisen, als er sich in einer Gesellschaft von Ministern befindet, die sich in den letzten Monaten nicht gerade ein gutes Zeugnis bei der Vertretung von Volkswinteressen erworben haben.

Das Programm der neuen Regierung muß deshalb aus dem Sturze des Reichskanzlers Stresemann schon weitgehende Schlussfolgerungen ziehen, wenn es die unglückliche Wahl bei der Vergebung der einzelnen Portefeuilles wieder gutmachen und die Sozialdemokratie veranlassen will, dem Kabinet Marx keine Schwierigkeiten zu bereiten. Ausschlaggebend bleibt für unsere Haltung in der Vertrauensfrage in letzter Linie das Programm. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird deshalb erst nach der Abgabe der Regierungserklärung, die für Dienstag vorgegeben ist, entzweielt. Weshalb über die von ihr einzunehmende Stellung lassen. Die Erklärungen der neuen Regierung über den Belagerungszustand und Bayern werden bei diesen Beratungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wir wissen nicht, welches Ergebnis die am Donnerstag abgehaltene Versprechung Marx-Seede gehabt hat, aber festgestellt werden muß schon heute, daß ohne verbindliche Stellungnahme des Kabinetts zu dem Belagerungszustand eine Unterstützung oder Toleranz der Sozialdemokratie nicht in Frage kommt. Die Regierung Marx bestimmt also ihr Schicksal selbst, nachdem der Versuch, die Deutschnatio-

nalen zur Mitarbeit im Reich zu gewinnen, noch in letzter Stunde gescheitert ist und damit die Haltung der Sozialdemokratie eine ausschlaggebende Bedeutung erlangt. Wir betrachten an sich die neue Regierung nur als Übergangskabinet und werden, falls sie am Dienstag

ein Vertrauensvotum erhält, von Fall zu Fall ihre Taten beurteilen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Schon heute aber ist damit zu rechnen, daß die Neuwahlen, die programmäßig im Juni des kommenden Jahres stattfinden sollen, früher aus-

geschrieben werden. Über den Termin dürfte die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Position ein wichtiges Wort mitzureden haben. Sie wird sich dazu entscheiden, sobald das durch die Haltung der Regierung notwendig ist!

## Das Kabinet. Marx.

### Zentrum, Volkspartei und Demokraten.

Berlin, 1. Dezember.

Die Regierungsbildung durch den Zentrumsbundgeordneten Marx hat erst im Laufe des gestrigen Abends ihren Abschluß gefunden. Bevor die endgültige Ministerliste fertiggestellt war, mußten verschiedene Schwierigkeiten politischer Art überwunden werden. Marx plante, dem deutschnationalen Abg. Schiele als Justizminister das Ernährungsministerium zu übergeben. Schiele war persönlich bereit, wurde jedoch durch seine Fraktion veranlaßt, die Annahme eines Ministeramtes abzulehnen. Das veranlaßte die Bayerische Volkspartei, den als Justizminister in Aussicht genommenen Abg. Emminger ebenfalls zu einem Verzicht auf das ihm angetragene Amt zu veranlassen. Dem Abg. Marx gelang es jedoch, die Bedenken der Bayerischen Volkspartei im Laufe des Nachmittags zu zerstreuen und sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Unter dem Druck des Landtages trat am Abend auch die deutschnationale Fraktion nochmals zusammen, weil der Reichslandtag einen Eintritt des Abg. Schiele und eines zweiten deutschnationalen Ministers in die Regierung wünschte. Die Fraktion blieb jedoch bei ihrer ersten Auffassung und lehnte den Eintritt in die Regierung ab. Damit war parlamentarisch einigermaßen Klarheit geschaffen, weil inzwischen die übrigen Mittelparteien, unter ihnen auch die Demokraten, grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Stützung der Regierung Marx zugesagt hatten.

Das Kabinet wird sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzen:

- Marx (Zentrum) Reichskanzler,
- Jarres (Sp.) Innen- und Sektionskanzler,
- Stresemann (Sp.) Außen-,
- Schuler (Dem.) Reichswehr,
- Dr. Brauns (Z) Reichsminister,
- Dr. Hoeft (Z) Postminister und bester Bediente,
- Emminger (B. Sp.) Justiz,
- Luthe (Sp. nachher) Finanzen,
- Dejer (Dem.) Verkehr,
- Ranig, Ernährungs-,
- Ham (Dem.) Wirtschaft.

Das Wiederaufbauministerium bleibt vorläufig unbesetzt.

### Die Haltung der Sozialdemokraten.

#### Zusammentritt des Reichstages am Dienstag.

Berlin, 1. Dezember.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern in mehrstündiger Sitzung mit dem Verlaufe der Krise und ihrer Stellungnahme zu dem neuen Kabinet Marx. Die endgültige Entscheidung über die Stellungnahme wurde bis zur Abgabe der Regierungserklärung vertagt.

Der Reichstag tritt am Dienstag zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zusammen.

### Dankschreiben Eberts an Stresemann.

Berlin, 30. November.

Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Dr. Stresemann nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihrem Antrage, Sie, angelehnt an die durch den Beschluß des Reichstages vom 23. d. M. gegebene politische Lage, von Ihrem Amte als Reichskanzler zu entbinden, habe ich mit anliegendem Erlaß entsprochen. Ihnen bei diesem Anlaß namens des Reiches herzlichsten Dank und aufrichtige Anerkennung für Ihre wertvolle und hingebende Arbeit für unser Land und unser Volk auszusprechen, ist mir ein lebhaftes Bedürfnis. Sie haben in einer besonders ersten Zeit die Würde des Leiters der Reichsregierung und der deutschen Außenpolitik auf sich genommen. Innerhalb der höchsten Anforderungen stellten, haben Sie, in unermüdlicher Tätigkeit, während Ihrer Amtsführung mit Ihrer reichen politischen Erfahrung und Befähigung alle Kräfte daran gesetzt, das harten Trudens von außen wie der hierdurch entstehenden Innensucht und Not im Innern Herr zu werden. Daß Sie Ihre Mitarbeit als Reichsminister des Auswärtigen auch der neu gebildeten Reichsregierung zur Verfügung gestellt haben, begrüße ich ganz besonders. Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung bin ich Ihre sehr ergebener

Ebert, Reichspräsident.

### Die Bloßstellung der Deutschnationalen.

Berlin, 30. November.

Der deutschnationale Drang nach der „Rittertruppe“ erfährt nachträglich noch eine besondere Beleuchtung durch den „Parlamentarischen Dienst“ der Zentrumspartei. Auch er bestätigt, daß die Demenitis der Deutschnationalen unwahr sind, und daß sie sehr wohl bereit waren, „alle ihre seit Jahren verteilten sogenannten prinzipiellen Forderungen über Bord zu werfen, ja förmlich direkt zu verleugnen um den einen Preis: die Macht in Preußen“. Im einzelnen schreibt der „Parlamentarische Dienst“:

„Die deutschnationalen Erklärungen gingen bezüglich der Verfassung dahin, daß „selbstverständlich“ keine Rede davon sein könnte, daß die Deutschnationalen diese Verfassung andern als mit verfassungsmäßigen Mitteln ändern wollten. Auch bezüglich des Liebenübertrages erklärten sie, daß

„selbstverständlich“ gar keine Rede davon sein könnte, daß er territorialen werden sollte. Bezüglich der illegalen Verbände erklärten sie ebenso als „selbstverständlich“, daß solche Verbände, ob sie rechts oder links ständen, mit den Mitteln des Staates bekämpft werden müßten. Und schließlich erklärten sie hinsichtlich der allgemeinen Außenpolitik, daß auch da keine Änderung eintreten, sondern die Linie der Stresemann-Regierung fortgesetzt werden sollte. Und sie stellten sich damit ganz auf den Boden der Erklärungslosigkeit.“

Die Schlussfolgerungen über die authentischen Feststellungen der Zentrums-Korrespondenz sind, daß die Deutschnationalen in den letzten Tagen ihre bisherige Verlogenheit selbst gestanden und zugegeben haben, daß die in den letzten Jahren von ihnen betriebene Politik nur auf Stimmenfang und Volksverbeugung hinauskäufte.

### Preßstimmen.

Der „Vorwärts“ spricht die Erwartung aus, daß auch die neue Regierung eine Politik treiben werde, die von der Rechten bekämpft und von der Sozialdemokratie gebildet wird. Weiter behauptet er, Herr Marx sei auf der Rechten ebenso unbeliebt wie auf der Linken persönlich geachtet, und gibt das Versprechen ab, daß die sozialdemokratische Partei die Vorbereitung der Reichstagswahlen nicht fördern und mit dem alten Reichstag ohne zwingendste Not nicht neue Risikoperimente machen wolle. Der Regierung Marx sei zu wünschen, daß es ihr gelingen möge, die Geschäfte des Reiches so lange zu führen, bis die Durchführung freier Reichstagswahlen im ganzen Reich möglich sei.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, Herr Marx werde wohl, klagend und vorsetzend handelnd, alles tun, um über den Winter der Not und des Elends hinwegzukommen; und wenn Dr. Stresemann als Außenminister im Kabinet oder im Reichstag neben ihm sitzen und seine Rhetorik alles zu überschweben drohen werde, dann werde Marx mit beschwichtigenden Händen rechtzeitig Dämme herumbauen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einer „Verlegenheitsregierung“ und schreibt: „Die Haltung der deutschnationalen Fraktion zu einem Kabinet Marx ist im einzelnen noch nicht festgelegt. Man will naturgemäß zunächst einmal abwarten, wie die Zusammenfügung des Kabinetts sein wird, und welches Programm es dem Reichstag vorlegen werde.“ Nachdem aber gerade durch Zentrum und Demokraten die Teilnahme der Deutschnationalen Volkspartei an einer bürgerlichen Regierung verhindert worden ist, nachdem gerade in der für die Deutschnationalen grundsätzlichen Vertrauensfrage von den beiden genannten Fraktionen des Landtages eine ziemlich schroff ablehnende, seitens der Volkspartei aber eine ausweichende Antwort ergangen ist, erscheint es uns undenkbar, daß die Rechte in irgendeiner Form die Regierungstätigkeit eines Kabinetts Marx unterstehen wird.“